



**Prof. Dr. Karl Lauterbach**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

**Andrea Nahles**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

**Niels Annen**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin, 2. Februar 2007

Erklärung nach § 31 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages

Dem Entwurf der Fraktionen von SPD und CDU/CSU eines „GKV - Wettbewerbsstärkungsgesetzes“ können wir nicht zustimmen. Dieses Gesetz berührt die Gesundheitsversorgung der deutschen Bevölkerung und die Lebensschicksale einzelner Menschen so zentral, dass wir von der Fraktionsmehrheit abweichen.

Es war vor Beginn der Verhandlungen klar, dass weder die Einführung einer Bürgerversicherung noch einer von der CDU geforderten Gesundheitsprämie Ergebnis der Reform sein könne. Daher sollten die vier objektiv wichtigsten Probleme pragmatisch und im Kompromiss gelöst werden:

1. Stabilisierung oder Senkung der Beitragssätze der Gesetzlichen Krankenkassen, die mehr als 90 % der Bevölkerung versichern.
2. Verbreiterung der Einnahmehasis der Gesetzlichen Krankenkassen, da die einseitige Belastung von Löhnen und Gehältern den Arbeitsmarkt verschlechtert und ungerecht ist.
3. Abbau der sich verstärkenden Zwei-Klassen-Medizin.
4. Schaffung eines fairen Wettbewerbs zwischen gesetzlichen Krankenkassen und privaten Krankenversicherungen.

Keines dieser Ziele konnte erreicht werden. Die Beitragssätze steigen bereits im Vorfeld der Reform. Durch die ständigen Verwässerungen der Strukturreform schrumpften die Einsparungen auf einen Betrag, der durch die Kostensteigerungen in nur wenigen Monaten aufgezehrt sein wird. Die Belastung von Löhnen und Gehältern konnte kurz- und mittelfristig nicht reduziert werden. Eine stärkere Steuerfinanzierung wurde lange diskutiert, aber konnte nicht umgesetzt werden. Ergebnis ist nur, dass der Steuerzuschuss der gesetzlichen Krankenversicherung kurzfristig sinkt, und langfristig ohne gesicherte Gegenfinanzierung ist. Für den Abbau der Zwei-Klassen-Medizin gibt es keine Impulse und es bleibt dabei, dass die privaten Krankenversicherungen schwerpunktmäßig die einkommensstarken und gesunden Menschen versichern werden, die aufgrund einer besseren Bezahlung von Ärzten und Krankenhäusern auch in Zukunft eine bessere Versorgung als der gesetzlich Versicherte erwarten dürfen.

Noch problematischer als die Tatsache, dass die vier zentralen Ziele nicht erreicht werden konnten, ist die Schaffung neuer Probleme für das deutsche Gesundheitssystem. Das größte neu geschaffene Problem ist die Einführung eines neuen und gefährlichen Wettbewerbs um einkommensstarke Mitglieder in der gesetzlichen Krankenversicherung, der sich langfristig negativ auf die Qualität der Versorgung auswirken muss. Die Unterzeichner haben einen Wettbewerb für bessere Qualität in der Vergangenheit immer unterstützt. Durch den Gesundheitsfonds aber werden die Krankenkassen, die viele ältere und kranke Mitglieder versichern, gezwungen, zusätzliche Kopfpauschalen zum allgemeinen Beitragssatz zu nehmen. Da Kopfpauschalen Einkommensschwache aber schnell überfordern, werden die Krankenkassen gezwungen sein, sich stärker als heute auf das Anwerben einkommensstarker Neumitglieder zu konzentrieren. Die Einführung von Kopfpauschalen ohne Sozialausgleich ist von der SPD daher immer als ungerecht abgelehnt worden, weil davon Rentner, Geringverdiener und Familien belastet und nur Einkommensstarke entlastet werden. Jetzt werden sie gleichzeitig mit einem neuen Wettbewerb um Gutverdiener und Gesunde eingeführt. Die größten Verlierer sind dabei chronisch Kranke mit geringem Einkommen, besonders dann, wenn sie unter einer Krankheit leiden, die nicht zu den maximal 80 Krankheiten gehört, die in Zukunft im Risikostrukturausgleich berücksichtigt werden. Krankenkassen werden alles tun, solche Versicherte zu meiden, weil sie weder hohe Kopfpauschaleneinkünfte noch Ausgleichszahlungen aus dem Risikostrukturausgleich bringen. Somit benachteiligt die Reform ausgerechnet die Gruppe von Menschen, die bereits am stärksten benachteiligt ist, Einkommensschwache mit seltenen chronischen Erkrankungen.

Im Gegenzug wird für diejenigen, deren Einkommen oberhalb der Versicherungspflichtgrenze liegt, ein neuer Basistarif in der privaten Krankenversicherung geschaffen, der den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen abdeckt, für die Versicherten aber billiger ist als die Versicherung in der gesetzlichen Krankenkasse. Der Basistarif bietet einen starken Anreiz für bislang freiwillig gesetzlich Versicherte, das Solidarsystem zu verlassen. Ohne Risikoprüfung garantiert er eine Versorgung von hoher Qualität mit einer besseren Vergütung der Ärzte, wobei auch garantiert ist, dass der Beitrag nicht höher sein darf, als der für freiwillig Versicherte zu zahlende Beitrag der gesetzlichen Krankenkasse. Weil ein Solidarbeitrag in den Gesundheitsfonds nicht anfällt, dürfte der Versicherte im Einzelfall bis zu 300 Euro im Monat beim Wechsel von der gesetzlichen Krankenkasse in den Basistarif einer privaten Krankenversicherung sparen. Nur derjenige, der mehr als die Versicherungspflichtgrenze verdient, erhält das Recht, sich aus dem Solidarsystem zu verabschieden und sich billiger und besser im neuen Basistarif zu versichern. Es handelt sich hier nicht um einen Einstieg sondern um die Abkehr von der Bürgerversicherung.

Dass weder die klassisch privat Versicherten noch die Mitglieder im neuen Basistarif in das Solidarsystem einzahlen ist eine bittere Niederlage für die soziale Gerechtigkeit in Deutschland, genauso wie die Einführung von Kopfpauschalen ohne Arbeitgeberbeitrag oder Sozialausgleich. Das Solidarsystem wird geschwächt und nicht gestärkt. Die Einkommensschwachen müssen befürchten, dass die Obergrenze der Kopfpauschalen von einem Prozent des Einkommens bald fallen wird, wie dies von der Union bereits jetzt gefordert wird. Alle Versuche der Unterzeichner, diese Verschlechterungen auf dem Verhandlungsweg abzuwenden, sind am Widerstand der Lobbyisten und an ideologischen Barrieren einzelner Verhandlungsteilnehmer gescheitert. Daher muss die konzeptionelle Vorbereitung einer echten Reform für eine bessere Versorgung und eine nachhaltige und gerechte Finanzierung sofort beginnen.